

Intransparent und mit Interessenkonflikten behaftet

An dem gerade erst eingerichteten wissenschaftlichen Corona-Expertenrat, der die Bundesregierung zu Fragen des Infektionsschutzes berät, mehrt sich die Kritik. Es geht um die Umstände der Auswahl seiner Mitglieder, die personelle und institutionelle Zusammensetzung des Gremiums sowie die eingeschränkte Vielfalt der dort vertretenen Disziplinen.



von Dr. Heike Haarhoff

veröffentlicht am 23.12.2021

Am Tag nach dem Sturm war wieder eitel Sonnenschein; zumindest sollte es so aussehen: Aufmerksam, den Blick ihm stets zugewandt, hörte der **Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD)** gestern Mittag in der Bundespressekonferenz zu, wie der **Präsident des Robert Koch-Instituts** die tags zuvor gefassten *Beschlüsse der Bund-Länder-Runde zur Verlangsamung der bedrohlich heraufziehenden Omikron-Welle*

(<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990312/5adedocbf837124818e6af8feceb15c7/2021-12-21-mpk-beschluss-data.pdf?download=1>) auf Nachfrage der Journalisten bewertete: „Sie werden das Infektionsgeschehen deutlich verlangsamen, das ist sehr, sehr gut“, sagte Lothar Wieler. Es klang artig und trotzig zugleich.

Deutlich verlangsamen? Sehr, sehr gut? Als Beobachterin konnte man sich die Augen reiben. Am Dienstag noch hatte Wieler sich ganz anders geäußert. In einer *Empfehlung* (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Downloads/control-covid-2021-12-21.pdf?__blob=publicationFile), die sein RKI kurz vor den Bund-Länder-Beratungen veröffentlicht hatte, hatte Wieler unverzüglich „maximale **Kontaktbeschränkungen**“, **Restaurantschließungen**, eine **Verlängerung der Weihnachtsferien** an den Schulen oder auch eine **Schließung von Sportstätten im Innenbereich** angeregt. Es waren Forderungen, die im Grunde nur das konkretisierten, was der wissenschaftliche Corona-Expertenrat – dessen Mitglied Wieler ist – bereits am Sonntag in seiner Stellungnahme an die Regierung analysiert hatte; Forderungen, die dem von den Wissenschaftlern geschilderten Ernst der Lage in einer sehr ehrlichen Weise durchaus Rechnung trugen. Allein: Sie gingen weit über das hinaus, was Bund und Länder so kurz vor Weihnachten bereit waren, ihren pandemiezermürbten Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten. Und: Sie waren **mit dem Bundesgesundheitsminister**, dessen Ministerium das RKI finanziert, **offenbar nicht abgesprochen**. Ein Eklat.

Kommunikationspanne mit Folgen

Lauterbach räumte gestern ein, dass es eine Kommunikationspanne gegeben habe, an der er selbst womöglich nicht ganz unbeteiligt war: „Die **wissenschaftliche Auswertung** hat mich **nicht erreicht vor der Sitzung**.“ Auf die Frage, ob er noch zu Wieler stehe, sagte der Minister: „Sonst säße er hier nicht.“ Und: „In meinem Haus gibt es keine Zensur, was wissenschaftliche Arbeiten angeht.“

Der RKI-Chef selbst blieb sich gestern treu. Ob er die nun beschlossenen Maßnahmen für ausreichend halte, wollte er nicht sagen: „Ob ich zufrieden oder unzufrieden bin, ist völlig irrelevant“, erklärte er. Sein

Job sei es, „Empfehlungen auszusprechen“. Nichts Anderes habe er auch am Dienstag gemacht, betonte er: „Ich **mache meine Arbeit, die ist wissenschaftlich fundiert** in erster Linie.“ Das konnte verstanden werden als ein **kleiner Seitenhieb** auf den Minister, der sich bis zu seiner Ernennung ebenfalls in erster Linie der Wissenschaft verpflichtet gefühlt hatte und nun politische Kompromisse schließen muss, die mit einer effizienten Bekämpfung einer Pandemie wenig im Einklang stehen. Die Umsetzung der Empfehlungen sei dann die „Aufgabe der Politik“, fügte Wieler noch hinzu. Man konnte ahnen, dass er fand, dass die Erledigung dieser Aufgaben durch die Politik aktuell mit einer glatten Sechs zu bewerten sei. Lauterbach sagte dann noch, dass er seine Politik „am wissenschaftlichen Sachverstand“ orientiere; „zentrale Quellen“ in diesem Zusammenhang seien für ihn sowohl das RKI als auch der **wissenschaftliche Corona-Expertenrat**, der die Regierung zu Fragen des Infektionsgeschehens berät.

Kritik am Corona-Expertenrat

Doch auch am Expertenrat selbst gibt es inzwischen deutlich vernehmbare Kritik. Diese zielt nicht auf einzelne dort versammelte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und deren (unbestrittene) fachliche Expertise, wohl aber auf die **Umstände ihrer Auswahl, die personelle und institutionelle Zusammensetzung des Gremiums** sowie die **eingeschränkte Vielfalt der dort vertretenen Disziplinen**. Mit Melanie Brinkmann, Christian Drosten, Hendrik Streeck und Thomas Mertens (der zugleich Chef der Ständigen Impfkommission ist) sind gleich vier von insgesamt 19 Mitgliedern im Rat Virologen.

Auch darüber hinaus ist dessen **naturwissenschaftlich-gesundheitliche Ausrichtung frappierend**: Da sind die drei (nach ähnlichen Modellen rechnenden) Modellierer **Viola Priesemann, Lars Kaderali** und **Michael Meyer-Herrmann**, die sieben Humanmediziner **Alena Buyx** (Vorsitzende des Deutschen Ethikrats), **Christian Karagiannidis** (Intensivmediziner von der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin), **Reinhard Berner** (Direktor der Kinderklinik an der Uniklinik Dresden), **Jörg Dötsch** (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin), **Heyo Kroemer** (Vorstandsvorsitzender der Berliner Charité), **Johannes Niessen** (Leiter des Gesundheitsamts Köln) und **Leif Erik Sander** (Leiter der Forschungsgruppe Infektionsimmunologie und Impfforschung der Charité), die Psychologen **Ralph Hertwig** und **Cornelia Betsch** (Letztere ist spezialisiert auf Gesundheitskommunikation), die Biologin **Christine Falk** (Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Immunologie) und schließlich der Präsident des Robert Koch-Instituts, Deutschlands oberster Seuchenbehörde, **Lothar Wieler**, der zuvor Universitätsprofessor für Mikrobiologie und Tierseuchenlehre am Fachbereich Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin war. **Steffen Sternberg**, Landrat von Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, ist das einzige Ratsmitglied mit nicht-akademischem Hintergrund: Der Politiker ist ausgebildeter Handelsfachwirt.

Intransparente Auswahlkriterien

„So begrüßenswert und richtig der Schritt war, ein interdisziplinäres Wissenschaftsgremium zu etablieren, das die Politik regelmäßig bei Fragen zur Eindämmung der Pandemie berät, so wichtig wäre es gewesen, in einer für die Öffentlichkeit nachvollziehbaren Weise zu begründen, weshalb sich in dem Rat beispielsweise kein Ökonom, kein Soziologe und kein Bildungsexperte findet“, sagt **Eva Rehfuss, Professorin für Public Health und Versorgungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München**. Doch genau diese „klare, transparente Darstellung der Kriterien, die zur Auswahl der Mitglieder geführt haben“ und die zur Akzeptanz des Gremiums und seiner Empfehlungen beitragen könnten, vermisse sie, sagt Rehfuss. Eine entsprechende Anfrage von Tagesspiegel Background, wer die Mitglieder nach welchen Kriterien bestimmt hat, ließ das Bundesgesundheitsministerium bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

„Dass der Rat **auf gesundheitliche Disziplinen fokussiert**, ist begründbar“, findet Rehfuss, „weshalb aber darauf verzichtet wurde, auch Wissenschaftler aus den Bereichen Kommunikation und Implementierung von Maßnahmen einzubeziehen, ist mir ein Rätsel“. In beiden Bereichen sei Deutschland während der Pandemie „durchgängig schlecht“ aufgestellt gewesen. Noch sträflicher aber sei

es, dass in dem Expertenrat, der sich dezidiert zu epidemiologischen Fragen äußern solle, „**nicht ein einziger Epidemiologe oder Public Health-Forscher vertreten** ist“.

Große Irritation

Entsprechend groß ist die Irritation bei den betroffenen Disziplinen: „Die Operationalisierung der Einbeziehung von Evidenz in die wissenschaftliche Beratung liegt in der Verantwortung der Mitglieder des Expertenrats, welche ein breites Spektrum an komplementären Expertisen abdecken“, schreiben **Jochem König**, Fachbereichsleiter Epidemiologie der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie, und **André Karch**, Professor für klinische Epidemiologie an der Universität Münster, in einem gemeinsamen Statement auf Anfrage von Tagesspiegel Background. Sodann werden sie harsch: „Aus epidemiologischer beziehungsweise datenwissenschaftlicher Perspektive wurden bei der Zusammenstellung des Expertenrats jedoch – über das RKI hinaus – **leider keine Personen mit dezidierter Expertise im Verständnis und der Interpretation von Beobachtungsdaten berücksichtigt**, welche die Grundlage der aktuell relevanten Evidenz bilden.“

Genau dies aber sei „umso wichtiger, da die für Deutschland zur Verfügung stehende **Datengrundlage in vielen Bereichen weiter ungenügend** ist.“ Um die vorhandene Evidenz „adäquat interpretieren zu können“, schreiben die Epidemiologen, sei deshalb zusätzlich die Einbeziehung öffentlicher und akademischer Einrichtungen notwendig, die den Beratungsprozess begleiten könnten. „Die dringend für eine schnellere und bessere Bereitstellung von empirischen Ergebnissen als Grundlage für Entscheidungsfindungen benötigten Forschungsstrukturen und Forschungsressourcen sind von der Einrichtung dieses Expertenrats natürlich unabhängig und müssen priorisiert in Angriff genommen werden“, fordern König und Karch.

Opposition und Verbände unzufrieden

„Dass ein solches Gremium nicht ohne epidemiologische Kompetenz auskommt, liegt auf der Hand, wurde aber von der Bundesregierung offenbar erneut ignoriert“, kritisiert auch die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, **Kathrin Vogler**. Die Einberufung des Rats sei richtig, so Vogler, angemessener aber wäre es aus ihrer Sicht gewesen, ihn „beim Bundestag anzusiedeln und deutlich interdisziplinärer zu besetzen, zum Beispiel auch mit Sozial- und Pflegewissenschaftler:innen, Jurist:innen und Wirtschaftsexpert:innen“.

Der **Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe** (DBfK) sieht das naturgemäß ähnlich und teilt verschnupft mit: „Die pflegerische Expertise darf in der Pandemiebekämpfung nicht fehlen, da sie sowohl für die Versorgung von COVID-Patient:innen als auch die Infektionsprävention eine eigenständige Expertise einbringt.“ Über den Deutschen Pflegerat stehe der Verband hierzu aber bereits „mit der Bundesregierung im Austausch“.

Übergangen fühlt sich auch der **Bundeselternrat**, der als Dachorganisation der Landeselternvertretungen in Deutschland die Eltern von rund acht Millionen Schulkindern vertritt. Die Zusammensetzung des Rates könne sie nicht bewerten, bedauert die **Vorsitzende Christiane Gotte** im Gespräch mit Tagesspiegel Background, „weil wir kein Mitglied dieser Kommission sind“. Als „Nachteil“ sehe der Bundeselternrat, „dass auf Bundesebene **kein Runder Tisch mit allen Betroffenen** eingerichtet wurde, an dem ein offener Austausch stattfinden kann“. An diesem, so Gotte, hätten Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Schule und Wirtschaft die aktuelle Lage im Austausch bewerten und Empfehlungen abgeben können.

Viele Perspektiven bleiben unberücksichtigt

Es ist nicht das erste Mal, dass die Perspektiven der Familien und der Pflege – wie auch die der Epidemiologie – in einem zentralen **Beratergremium der Regierung zur Pandemiebekämpfung** unberücksichtigt bleiben. Auch in der im Oktober konstituierten *Evaluierungskommission* (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/epidemiologische-bewertung-ohne-epidemiologen>), die das Infektionsschutzgesetz und die Wirkungen der dort verankerten Maßnahmen bewerten soll, finden

sich keine Vertreter dieser Disziplinen. Stattdessen gibt es in den beiden Gremien – in der Evaluierungskommission und in dem jüngst einberufenen Corona-Expertenrat – nun aber personelle Überschneidungen: Die Virologen **Christian Drosten und Hendrik Streeck sowie der Charité-Chef Heyo Kroemer sind in beiden Gruppen Mitglied**; Kroemer ist zudem Vorsitzender des Corona-Expertenrats. Seinen bisherigen Vize-Vorsitz in der Evaluierungskommission hat er inzwischen auf eigenen Wunsch aufgegeben.

Die drei Wissenschaftler bewerten also einerseits die **Auswirkungen und die Verhältnismäßigkeit** von Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens – und machen zugleich Vorschläge für eben solche Maßnahmen, die das Infektionsgeschehen eindämmen sollen. Und dabei geht es übrigens nicht nur um vergangene Maßnahmen, sondern auch um solche, die in der Zukunft liegen, die Einführung einer *e* (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/impfpflicht-fuer-gesundheitspersonal-ab-15-maerz>) **inrichtungsbezogenen Impfpflicht** (<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit/impfpflicht-fuer-gesundheitspersonal-ab-15-maerz>) für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeheimen etwa, zu der sich sowohl die Evaluierungskommission als auch der Expertenrat positionieren sollen.

Personelle Überschneidungen

„Die personellen Überschneidungen zum Evaluierungsbeirat legen nahe, dass das BMG ein sehr enges Bild von der Wissenschaftslandschaft in Deutschland hat“, kritisiert die Linken-Abgeordnete **Kathrin Vogler**. Damit werde „eine **Chance vertan, auch in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für notwendige Maßnahmen der Pandemiebekämpfung zu erreichen**“. Die Public Health-Wissenschaftlerin Eva Rehfuess weist auf eine weitere Problematik hin: „Zugespitzt kann man sagen: Die Mitglieder der Evaluierungskommission evaluieren, wie ihre eigenen Empfehlungen aufgegriffen oder nicht aufgegriffen wurden. Das macht eine **unabhängige Bewertung schwierig**.“ Nötig sei im Sinne der Transparenz, dass alle Berater „ihre materiellen wie nicht-materiellen Interessenkonflikte offenlegen“, fordert sie.

Nachgebessert werden muss auch aus Sicht der Union: „Ein Gremium, das die Bundesregierung in zentralen Fragen der Pandemiebekämpfung berät, muss ausgewogen besetzt sein“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Tino Sorge**. Auch die **Nationalakademie Leopoldina** und der **Deutsche Städtetag** hätten sich bereits „nachvollziehbarerweise darüber beschwert, dass ihre Perspektiven nicht in Form eines ständigen Sitzes am Tisch gewürdigt werden“, so Sorge. Miteinbeziehen können hätte man auch „**die Pflege**“, findet er. Dass die Union ihrerseits bei der Besetzung der Evaluierungskommission vor nur wenigen Monaten, als sie noch regierte, ebenfalls kein Interesse daran hatte, einen Pflegevertreter zu berufen, scheint da in Vergessenheit geraten zu sein.